M. STORZ / GRAFFITI

Protest bei Zeiss in Oberkochen: „Uns können sie leichter rausschmeißen“

Industrie

Ein mieses Spiel

Bei Zeiss geht die Wiedervereinigung gründlich daneben

Der Feind sitzt im Osten. Soviel steht für viele Beschäftigte von Carl Zeiss im schwäbischen Oberkochen fest. Langsam strömen sie aus den Fabrikhallen und Büros, um sich zum Protest vor der Konzernzentrale zu versammeln.

„Wo kommen die Verluste denn her?“ fragt ein Angestellter. Na klar, vom Schwesterwerk Carl Zeiss im thüringischen Jena. 140 Millionen Miese haben die Kollegen dort gemacht. Und jetzt sollen 3000 Arbeitsplätze gestrichen werden, die meisten in den westdeutschen Werken.

„Aufbau Ost – Abbau West“ hatten einige Kollegen auf der Ostalb schon mal auf Protestplakate geschrieben. Der Betriebsrat („Wir dürfen uns nicht spalten lassen“) fand das schrecklich daneben. Deshalb haben sie nun ihre Schilder zu Hause gelassen, ihre Meinung aber nicht. Die Übernahme des ostdeutschen Werks, sagt eine Arbeiterin, „reißt uns noch alle in den Ruin“.

Zeiss-Mitarbeiter in Jena sind sich längst einig: Der Feind sitzt im Westen. Auf einem Schweigemarsch durch die Stadt klagen sie über die „Ausbeutung“ durch die westdeutsche Muttergesellschaft.

„Wo ist das Geld denn geblieben?“ fragt ein Zeiss-Arbeiter. 587 Millionen Mark hat die Treuhand zur Verfügung gestellt, als der westdeutsche Konzern Carl Zeiss 51 Prozent des ehemaligen Kombinats Carl Zeiss Jena übernahm. Die erwarteten Verluste sollten damit ausgeglichen, die Produktion modernisiert werden.

Die Belegschaft in Jena aber sah nur, daß ihr Verwaltungsgebäude aufwendig renoviert wurde. Das meiste Geld, meinen sie, hat der Konzern in Oberkochen „verlumpert“. Das Ziel ist klar: „Die wollen uns aushungern.“

Gründlicher konnte die Wiedervereinigung der Unternehmen Zeiss West und Zeiss Ost kaum danebengehen. Die Belegschaften sind gespalten, die Verluste existenzbedrohend, und eine Lösung ist nicht in Sicht.

Treuhand, Politiker und Manager haben gewaltig geirrt, als sie behaupteten, mit diesen beiden Unternehmen wachse zusammen, was zusammengehört. Nichts paßt weniger zusammen als Zeiss Ost und West, zwei Firmen, die sich jahrzehntelang wie feindliche Brüder verhalten haben.

Das Traditionsunternehmen Carl Zeiss Jena wurde nach Kriegsende Beutestück der Alliierten. Die Amerikaner sicherten sich ihren Teil, bevor sie das Land Thüringen den Sowjets übergaben. Sie packten leitende Zeiss-Mitarbeiter, Konstruktionszeichnungen und Patente und schafften alles ins Schwabenland. Dort gründeten die Jenenser ein neues Unternehmen.

Die im Osten gebliebenen Kollegen mußten mitansehen, wie die Sowjets viele Maschinen demontierten. Aus den verbliebenen Anlagen bauten sie das Werk wieder auf, das schließlich zum Vorzeigekombinat der DDR wurde.

Carl Zeiss Jena belieferte vor allem Osteuropa, Carl Zeiss in Oberkochen den Westen. Doch mitunter stritten sie auch um Aufträge und beschäftigten Gerichte mit der Frage, wer Mikroskope oder Objektive unter dem Namen Zeiss verkaufen kann.

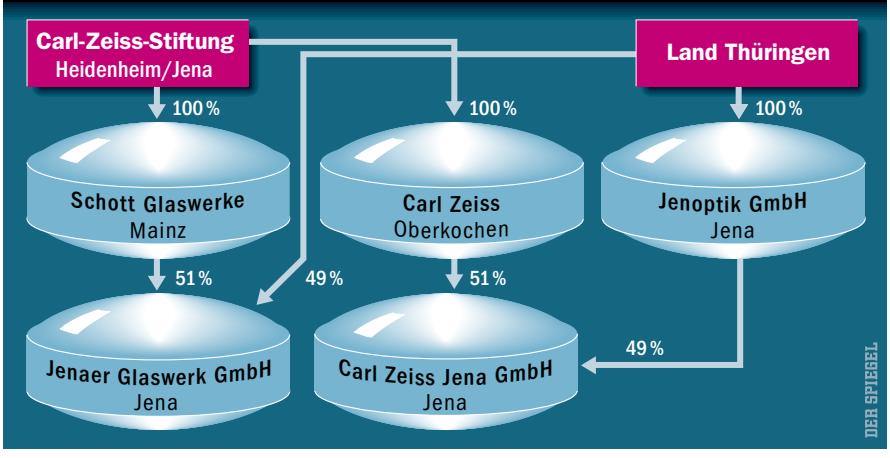
Als die Mauer fiel, drohte der Streit um das Markenzeichen heftiger zu werden. Der Zeiss-Chef in Oberkochen wollte diese Auseinandersetzung beenden und übernahm die Mehrheit an Carl Zeiss Jena für den Symbolpreis von einer Mark. Doch seitdem geht ein ganz anderer Kampf zwischen Ost und West erst richtig los: die Auseinandersetzung um Geld und Arbeitsplätze. Und dabei gibt es, je nach Blickwinkel, stets zwei Wahrheiten.

Die Produktion von kleineren Mikroskopen, der sogenannten C-Klasse, wurde von Göttingen nach Jena verlagert. Für die Kollegen im Westen ein klarer Fall: „Wir werden um unsere Arbeitsplätze beschissen.“

In Jena schimpfen die Beschäftigten, daß sie nur die einfacheren Mikroskope bauen dürfen, während im Westen die A- und B-Klasse montiert wird: „Was Geld bringt, bleibt in Oberkochen, das andere wird nach Jena abgeschoben.“

Zeiss-Arbeiter in Oberkochen sehen dies genau andersrum. Selbst die profitable Fertigung medizinischer Geräte

Im Glashaus Struktur der Zeiss-Gruppe



soll vom schwäbischen Calmbach nach Jena verlagert werden. Weil ihr Konzern der Treuhand bei der Übernahme von Zeiss Jena zusicherte, 3000 Arbeitsplätze zu erhalten, müßten jetzt ständig mehr Jobs in den Osten geschoben werden. „Uns können sie halt leichter rausschmeißen."

Angeheizt wird der Ost-West-Streit von Politikern, die Stimmung bei ihren Wählern machen wollen, und vom Vorstand, der von eigenen Fehlern ablenken will.

Was auch immer die Vorstandsmannschaft unter Jobst Herrmann in Oberkochen in den vergangenen Jahren entschied: Es wirkte, als wolle sie das Unternehmen systematisch herunterwirtschaften. Sie hat den Konzern in zwölf eigenständige Geschäftsbereiche aufgeteilt und die Verwaltung damit vervielfacht. Wo zuvor ein Produktionsleiter arbeitete, sind nun zwölf im Einsatz. Schneller konnten die Kosten kaum steigen.

Als der West-Konzern das ehemalige Kombinat in Jena übernahm, befand er sich längst auf abschüssiger Strecke. Doch welcher Vorstand räumt schon ein, daß wegen seiner Fehler nun 3000 Arbeiter entlassen werden müssen? Da ist es einfacher, die Belegschaft im Westen gegen die im Osten auszuspielen. Und so hat Jobst Herrmann zwar bekanntgegeben, daß 140 von insgesamt 180 Millionen Mark Verlust in Jena angesammelt wurden. Doch er hat nicht erklärt, daß dieser Verlust noch durch die Treuhand-Zuschüsse abgedeckt ist.

„Wir wären besser bei einem japanischen Konzern gelandet"

Bislang ging das miese Spiel auf. Die Beschäftigten in Jena und Oberkochen machten sich gegenseitig für die schlimme Lage verantwortlich. Beiden wäre es wohl am liebsten, der Konzern würde wieder getrennt. „Wir wären besser bei einem japanischen Konzern gelandet", sagen Zeiss-Arbeiter in Jena. „Wir sollten Zeiss Jena wieder abgeben", sagen Arbeiter in Oberkochen, „und uns unsere Mark zurückgeben lassen."

Langsam aber dämmert es einigen, daß die Verantwortlichen für die Misere an anderer Stelle sitzen. „Vorstand raus, Vorstand raus", fordern am Ende der Protestkundgebung in Oberkochen 4000 Zeiss-Arbeiter. Und einer zeigt, daß er von den ostdeutschen Kollegen schon etwas gelernt hat, die immerhin eine Regierung gestürzt haben. Zum Zeichen seines Protests gegen die Chefs im Zeiss-Hochhaus brüllt er hinauf: „Wir sind das Volk." ❑

Unternehmen

In letzter Minute

Die Arbeiter warten auf Lohn, die Banken geben kein Geld mehr. Zerbricht die Werkzeugmaschinenbau-Gruppe Rothenberger?

Die Auftragsbücher sind gut gefüllt, trotzdem ist die Kasse leer. Die Fritz Werner AG, so ein leitender Manager, „leidet unter dem Rothenberger-Syndrom".

Seit vier Jahren gehört der ehemalige Bundesbetrieb, der Spezialmaschinen für den Werkzeugbau herstellt, zum Imperium der Gebrüder Rothenberger, der größten Unternehmensgruppe im deutschen Werkzeugmaschinenbau.

Doch nun droht einigen der rund zwei Dutzend Firmen (Gesamtumsatz: etwa zwei Milliarden Mark) das Aus, möglicherweise der ganzen verschachtelten Gruppe.

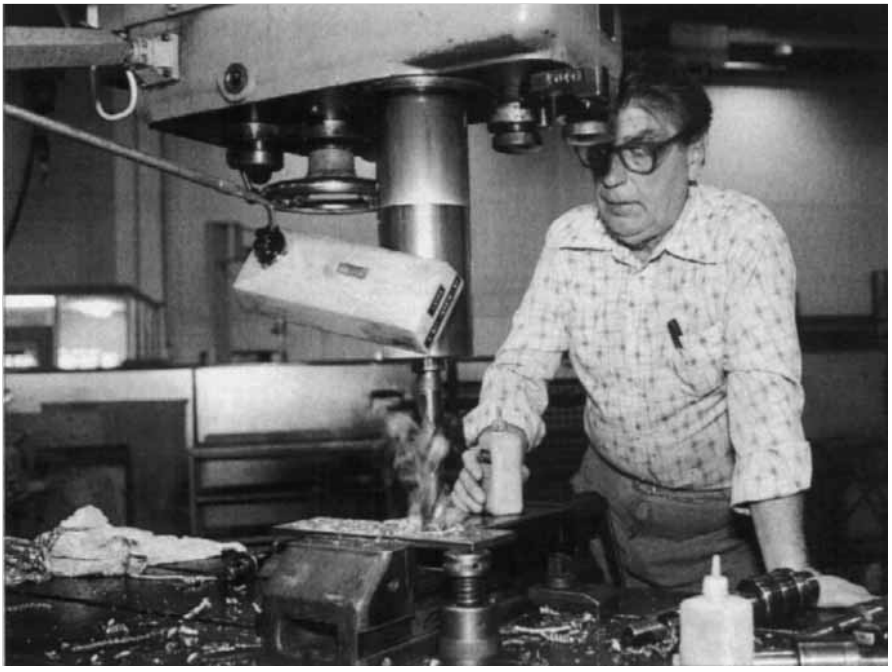
Rezession, Mißmanagement und fehlende Liquidität gefährden Tausende von Arbeitsplätzen. Die Banken, irritiert durch zweifelhaftes Geschäftsgebaren der Brüder, wollen finanzschwachen Betrieben kein Geld mehr geben.

Die Brüder Karl, 56, Günter, 54, Helmut, 44, und Bernd, 37, hatten vor 20 Jahren von Vater Edwin die Rothenberger GmbH im hessischen Kelkheim übernommen. Als die Erben den Familienbetrieb (Umsatz: 18 Millionen Mark) hochgefahren hatten, kam ihnen, so der Clan-Stratege Günter, genannt Güro, „die Vision von einem europäischen Maschinenbaukonzern".

Seit Mitte der achtziger Jahre kauft das Quartett mittelständische, meist notleidende Maschinenbauer auf. Die Neuerwerbungen, darunter so traditionsreiche Namen wie Pittler oder Naxos Union in Frankfurt, landeten jeweils in einer der zehn Rothenbergerschen Aktiengesellschaften.

An diesen AG hält keiner der Brüder mehr als 25 Prozent. So brauchen interne Verflechtungen nicht offengelegt zu werden, zudem soll eine mögliche Konzernhaftung ausgeschlossen sein.

Daß die Banken solchen Konstruktionen nicht trauen, war den in der Branche unbeliebten Brüdern gleichgültig. Nach der Wende kauften sie innerhalb weniger Monate rund 15 Treuhand-Firmen und bekamen reichlich Geld von der Privatisierungsbehörde.



D. KONNERTH / LICHTBLICK

Produktion bei Fritz Werner: Die Banken sind irritiert

Doch dann brach die Konjunktur im Maschinenbau ein. Die Betriebe in Ost und West machten riesige Verluste, sie brauchten Geld von den Banken.

„Wenn es um Kredite geht", sagt Helmut Hammer, Vorstand von Fritz Werner, „ist unser Gesellschafter nicht unbedingt ein Vorteil." Das bekam er zu spüren, als im Sommer die Liquiditätsprobleme seines Unternehmens offenkundig wurden. Seine Hausbank, die Berliner Bank, wollte nur einen Überbrückungskredit gewähren, wenn